

Senatskanzlei • Postfach 10 25 20 • 28025 Bremen

An das
Ortsamt Blumenthal

per E-Mail

Bremen, 15.07.2021

Beschluss des Beirates Blumenthal vom 10.05.2021 – Digitale Beiratsarbeit unterstützen -

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem vom Beirat Blumenthal am 10.05.2021 gefassten, an die Senatskanzlei adressierten Beschluss nehme ich wie folgt Stellung:

Die gewünschte Änderung des Beiräteortsgesetzes obliegt zuständigkeithalber der Stadtbürgerschaft. Beim fachlich zuständigen Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, welche derzeit über mögliche Gesetzesänderungen berät. Das Thema Durchführung digitaler Sitzungen auch unabhängig vom Infektionsschutz ist dort präsent.

Derzeit werden Livestream-Übertragungen von Beiratssitzungen aus dem Bremen-Fonds finanziert, weil es sich um besondere, durch die Corona-Pandemie bedingte Ausgaben handelt. Der Wunsch, auch nach Beendigung der Pandemie weiterhin digitale und hybride Konferenzen durchführen zu können, ist aus unserer Sicht nachvollziehbar. Jedoch stehen im regulären Haushalt der Senatskanzlei leider keine zusätzlichen Mittel zur Durchführung von Livestream-Übertragungen hybrider Konferenzen zur Verfügung.

Die Finanzierung von Tablets für alle Mitglieder der 22 stadtbremischen Beiräte sowie sämtlicher sachkundiger Bürger:innen (insgesamt über 500 Personen) ist aufgrund der allgemei-

nen Haushaltslage nicht darstellbar, zumal (anders als bei der Ausstattung aller Schüler:innen mit Tablets) hierfür keine Bundesmittel zur Verfügung stehen. Zu den Anschaffungskosten käme auch noch eine entsprechende Administration und Wartung der Geräte hinzu. Das ist durch die IT-Stelle der Senatskanzlei personell leider nicht leistbar.

Einige Beiräte haben ähnlich lautende Beschlüsse als Anträge zur Haushaltsaufstellung gemäß § 32 Beiräteortsgesetz gestellt. Über diese hat der zuständige Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte in seiner Sitzung am 22.06.2021 beraten sowie in einem anschließenden Umlaufverfahren beschlossen. Im Ergebnis wurde mehrheitlich mit den Stimmen der Vertreter der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und der FDP gegen die Stimmen der CDU-Vertreter den fachlichen Einschätzungen der Senatskanzlei zugestimmt. Die Gruppe MRF hat keine Rückmeldung gegeben.

Die endgültige Beschlussfassung über den Doppelhaushalt 2022/2023 durch die Stadtbürgerschaft wird Anfang Dezember 2021 erwartet.

Ich bitte um Weiterleitung an den Beirat.

Gegen eine Veröffentlichung dieser Antwort gemäß BremIFG bestehen keine Bedenken.

Mit freundlichen Grüßen,

Im Auftrag